

Protokoll

Sitzung des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben

Sitzung: Dienstag, 21.06.2022

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 18:39 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Sabine Kluth - B90/GRÜNE

Mitglieder

Frau Sonja Lerche - SPD

Herr Ulrich Volkmann - SPD

Teilnahme bis 16:54 Uhr; Vertretung
für: Herrn Matthias Disterheft

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Frau Kathrin Karola Viergutz - B90/GRÜNE

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Maximilian Pohler - CDU

Herr Frank Täubert - CDU

Teilnahme bis 18:30 Uhr; Vertretung
für: Herrn Thorsten Köster

Herr Kai Tegethoff - Die FRAKTION. BS

weitere Mitglieder

Frau Silke Arning - BIBS

Herr Sven-Markus Knurr - Direkte Demokraten

Herr Stefan Wirtz - AfD

Herr Rolf Kamphenkel - Behindertenbeirat e. V.

Teilnahme bis 18:24 Uhr; Vertretung
für: Herrn Aytekin Demirbas

Frau Gunhild Salbert - Seniorenrat Braunschweig

sachkundige Bürger

Herr Jan Höltje - CDU

Herr Dr. Frank Schröter - B90/GRÜNE

Frau Susanne Schroth - B90/GRÜNE

Herr Oskar Schwarz - CDU

Herr Shivam-Ortwin Tokhi - SPD

Gäste

Herr Ralf Gerdinand - Polizei Braunschweig

Frau Lisa Angela Gut - Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner

Held PartGmbH (Berlin)

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dezernent III

Herr Holger Herlitschke - Dezernent VIII

Herr Dirk Franke - RefL 0650

Herr Stephan Kühl - FBL 60

Frau Bianca Winter - RefL 0600

Herr Klaus Benscheidt - FBL 66

Herr Lars Lau - StL 66.11

Frau Kerstin Müller - StL 0600.20

Frau Amrit Bruns - FB 66

Herr Tobias Paulke - FB 66

Herr Andreas Piterek - StL 66.34

Herr Detlef Pottgießer - StL 66.21

Protokollführung

Frau Julia Matos - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Susanne Hahn - SPD

entschuldigt

Herr Matthias Disterheft - SPD

entschuldigt

Herr Detlef Kühn - SPD

entschuldigt

Herr Thorsten Köster - CDU

entschuldigt

weitere Mitglieder

Herr Mathias Möller - FDP

entschuldigt

Herr Aytekin Demirbas - Behindertenbeirat Braunschweig

entschuldigt

Herr Uwe Mickler - Polizeiinspektion Braunschweig

entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Dr. Helge Wendenburg - SPD

entschuldigt

Verwaltung

Herr Wilhelm Eckermann - FBL 65

entschuldigt

Herr Timo Weichsler - RefL 0660

entschuldigt

Protokollführung

Herr Holger Ender - Ref. 0600

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|--|-------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2022 (öffentlicher Teil) | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.05.2022 (öffentlicher Teil) | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2021 | 22-18681 |
| 4.2 | 1. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" | 22-18813 |
| 4.3 | Neue Beteiligungsstrukturen für den Radverkehr | 22-18004 |
| 4.4 | Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebra-Streifen) auf der Braunschweiger Straße | 22-19004 |
| 4.5 | Mündliche Mitteilungen | |
| 5 | Anträge | |
| 5.1 | Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen | 22-18867 |
| 5.1.1 | Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen | 22-18867-01 |
| 5.2 | Braunschweig werbefrei! | 22-18786 |
| 5.3 | Barrieremelder einrichten | 22-18868 |
| 5.4 | Kostenloses Schüler:innen-Ticket | 22-19018 |
| 6 | 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen (Kostenerstattungssatzung) | 22-18798 |
| 7 | Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Landesstraße L 635 | 22-18460 |
| 8 | Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden") | 20-14579 |
| 8.1 | Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden") | 20-14579-01 |

9	Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 80	22-18275
10	Bau der P & R-Anlage Stöckheim-Süd	20-14453
11	Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße	21-16752
12	Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße	22-18612
12.1	Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße	22-18612-02
13	Festlegung der Varianten für die Variantenuntersuchung für eine Geh- und Radwegüber- oder -unterführung als Ersatz für den BÜ Grünewaldstraße	22-18909
14	Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage an den Bahnübergängen I, II und III im Ortsteil Bienrode	22-18892
15	Rückbau Brücke Spargelstraße	22-18861
16	Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis	21-17457
17	Ideenplattform "Übergang Neubaugebiet HDL"	22-18400
18	Ideenportal - Fußgängerüberweg an der Querumer Straße - Änderungsantrag zu DS 20-13970	20-14320-01
19	Projekt "Mobiles Grün" im Förderprogramm "Perspektive Innenstadt!"	22-19021
20	Konzessionsvergabe Errichtung und Betrieb von Ladeinfrastruktur	22-19085
21	Anfragen	
21.1	Mobilität zwischen den Hochschulstandorten	22-19020
21.2	Wie ist die Auftragsvergabe für die Nachbesserung von Straßenmarkierungen ausgestaltet?	22-19030
21.2.1	Wie ist die Auftragsvergabe für die Nachbesserung von Straßenmarkierungen ausgestaltet?	22-19030-01
21.3	Liefer- und Werkverkehre im Bereich Innenstadt und Fußgängerzone	22-19028
21.3.1	Liefer- und Werkverkehre im Bereich Innenstadt und Fußgängerzone	22-19028-01
21.4	Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße Anfrage zur Vorlage 22-18612	22-18612-01

21.4.1	Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße	22-18612-03
21.5	Parkzonen für E-Scooter	22-19027
21.5.1	Parkzonen für E-Scooter	22-19027-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie informiert, dass Ratsherr Disterheft durch Ratsherr Volkmann, Ratsherr Köster durch Ratsherr Täubert und Herr Demirbas durch Herrn Kamphenkel vertreten wird. Ratsherr Kühn, Ratsfrau Hahn und Ratsherr Möller sowie Herr Mickler fehlen entschuldigt.

Sie begrüßt zu TOP 4.1 Herrn Gerdinand (Polizei Braunschweig), Frau Müller (Baureferat) zu TOP 6 und 11 sowie Frau Rechtsanwältin Gut (Rechtsanwaltskanzlei Becker Büttner Held PartGmbH) zu TOP 20.

Ausschussvorsitzende Kluth macht darauf aufmerksam, dass den Ausschussmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch weitere Beratungsunterlagen zugegangen sind.

Sie schlägt vor, den TOP 20 zu Beginn der Sitzung zu beraten, um für die geladene Anwältin eine längere Wartezeit zu vermeiden. Ergänzend bittet Ratsherr Wirtz, die Anfrage unter TOP 21.4 aufgrund ihres Bezugs gemeinsam mit der Beschlussvorlage unter TOP 12 zu beraten.

Ausschussvorsitzende Kluth stellt die Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

20. Konzessionsvergabe Errichtung und Betrieb von Ladeinfrastruktur 22-19085

Stadtbaurat Leuer führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Ratsherr Dr. Plinke befürwortet die Vergabe der Konzession an ein Unternehmen und kündigt für seine Fraktion die Zustimmung zur Vorlage an. Zur späteren Ausgestaltung des Konzeptes erwartet er, dass eine notwendige Inanspruchnahme von Flächen nicht zu Lasten von Grünflächen sowie Rad- und Fußverkehr erfolgt, eine Mindestbreite für Rad- und Fußverkehr berücksichtigt wird und die Stadtbezirksräte hinsichtlich der Festlegung der Standorte angemessen beteiligt werden.

Ratsfrau Lerche bittet die Verwaltung um eine Aussage zur Beteiligung der Stadtbezirksräte bei der Auswahl der Standorte.

Bürgermitglied Tokhi hebt hervor, dass der vorgestellte Umfang zum Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht ausreicht, um die Klimaziele bis 2030 zu erreichen. Hier sei insgesamt ein deutlicheres Handeln erforderlich.

Stadtbaurat Leuer sagt zu, dass bei der Standortfestlegung für Ladepunkte Mindestbreiten

auf Geh-/Radwegen beachtet werden und keine konfliktträchtige Inanspruchnahme von Flächen zu Lasten von Geh-/Radwegen sowie Grünflächen erfolgt. Hinsichtlich der Beteiligung der Stadtbezirksräte bei der Standortfestlegung schlägt er vor, alle Stadtbezirksräte grundsätzlich zu informieren und kritische Standorte (z. B. bei Unterschreitung von Mindestbreiten) im Einzelfall mit den Stadtbezirksräten abzustimmen.

Ratsherr Volkmann appelliert an die Verwaltung, die Ortskenntnisse der Bezirksratsmitglieder bei der Festlegung der Standorte für Ladepunkte zu nutzen.

Ratsherr Pohler begrüßt die Vorlage der Verwaltung. Er trägt Sorge, dass im Ergebnis jedoch zu wenige Ladepunkte vorgesehen sind und fragt, ob Schnellladeparks in das Konzept integriert werden können. Zur Beteiligung der Stadtbezirksräte erklärt er, dass zunächst die schnellstmögliche Versorgung der Stadt mit Ladesäulen im Vordergrund steht. Bei aller Anerkennung für die Arbeit der Bezirksratsmitglieder erachtet er eine grundsätzliche Beratung der Standorte in den Stadtbezirksräten in diesem Kontext als nicht zielführend.

Herr Benschmidt verdeutlicht, dass die Konzessionsvergabe der Stadtverwaltung nur einen Teil der Ladeinfrastruktur darstellt, die überwiegend nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wird. Einzelnen (z. B. Betreiber*innen von Tankstellen) ist es auch heute bereits möglich, nach eigenen wirtschaftlichen Überlegungen tätig zu werden. Bezogen auf die Schnellladeparks an den Bundesfernstraßen verweist er auf ein gesondertes Verfahren des Bundes, der (bundesweit) potenzielle Standorte ermittelt hat. In einem eigenen Vergabeverfahren sucht der Bund aktuell - ohne Beteiligung der Stadtverwaltung - nach Betreiber*innen. Die Verwaltung verfolgt dieses Verfahren. Eine Integration in die Konzession der Stadtverwaltung ist nicht vorgesehen.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Tokhi erklärt Stadtbaurat Leuer, dass der Leitgedanke der Verwaltung beim Standortkonzept eine Verteilung über das gesamte Stadtgebiet ist. Wenn in Teilbereichen ein erhöhter Bedarf festgestellt wird, kann darauf reagiert werden. In der Praxis sei jedoch davon auszugehen, dass ein Konzessionär unter wirtschaftlichen Aspekten auf eine deutlich größere Nachfrage in den Stadtteilen reagiert.

Nachfragen von Ratsherr Wirtz und Ratsfrau Arning zu den nichtöffentlichen Anlagen der Vorlage werden im nichtöffentlichen Teil (TOP 29.1) behandelt.

Beschluss:

„Der Firma Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|Energy) ist der Zuschlag für den Konzessionsvertrag Errichtung und den Betrieb von Ladeinfrastruktur in Braunschweig zu erteilen.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an den VA):

Dafür: 9 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2022 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltung: 1

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 10.05.2022 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 7 Dagegen: 0 Enthaltungen: 2

4. Mitteilungen

4.1. Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2021

22-18681

Herr Gerdinand stellt den Bericht der Unfallkommission zu Fahrradunfällen 2021 vor.

Ratsherr Dr. Plinke regt an, in der Unfallkommission nicht nur Vertreter*innen der Verwaltung und der Polizei, sondern auch Vertreter*innen der Mobilitätsverbände einzubeziehen bzw. die Ergebnisse mit den Mobilitätsverbänden zu diskutieren. Zu den festgestellten Unfallhäufungspunkten bittet er um Auskunft zur weiteren Vorgehensweise.

Herr Gerdinand erläutert in seiner Antwort zunächst die Zusammensetzung der Unfallkommission aus Polizei, die für den Aufgabenbereich Verkehr zuständigen Bereichen der Stadtverwaltung sowie der/dem Radverkehrsbeauftragte/n der Stadtverwaltung. Zur Arbeitsweise legt er dar, dass in der Sitzung der Unfallkommission die Unfallhäufungsstellen vorgestellt werden und die Teilnehmenden nach ihren Lösungsvorschlägen befragt werden. Hier kann es sich u. a. um Verkehrsüberwachung, bauliche Maßnahmen oder um eine Veränderung der Schaltungen von Lichtsignalanlagen handeln.

Stadtbaurat Leuer ergänzt, dass die dringlichsten Verkehrsbereiche von der Unfallkommission prioritär betrachtet werden. Eine Änderung in der Zusammensetzung oder Arbeitsweise der Unfallkommission ist aus seiner Sicht nicht erforderlich.

Zur Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zur Unfallhäufungsstelle Rheingoldstraße/Hamburger Straße, ob hier eine Aufpflasterung im Einmündungs-/Querungsbereich zu einer größeren Sicherheit führen könnte, erläutert Herr Gerdinand, dass der hier vorgenommene Austausch von Verkehrszeichen eine Maßnahme ist, die die Verwaltung schnell umsetzen kann. Um eine Aufpflasterung herzustellen, bedarf es hingegen eines wesentlich größeren planerischen Aufwands. Die Unfallkommission ist bestrebt, möglichst schnell eine Verbesserung der Situation zu erreichen. Sollte sich der Unfallschwerpunkt mit dem Austausch des Verkehrszeichens auflösen, konnte mit geringem Aufwand ein großer Nutzen erzielt werden.

Herr Benscheidt ergänzt, dass in dem genannten Bereich die Hauptproblematik durch Radfahrende besteht, die den Radweg ordnungswidrig in Gegenrichtung befahren. Das Fehlverhalten von Radfahrenden ist damit ursächlich. Zuvor wurde bereits eine Hinweis-Beschilderung für den Radverkehr ergänzt.

Statistische Angaben zum Anteil der Pedelecs an den Fahrrädern insgesamt liegen Herrn Gerdinand nicht vor.

Bürgermitglied Schroth verweist auf den vom Rat im Juli 2020 beschlossenen Ziele- und Maßnahmenkatalog „Radverkehr in Braunschweig“ und erinnert an die danach vorgesehene Veröffentlichung des Berichts der Unfallkommission auf der Homepage der Stadtverwaltung.

Darüber hinaus verweist sie auf die Expertise der Mobilitätsverbände. Sie regt an, im Einzelfall die Mobilitätsverbände entsprechend einzubeziehen.

Protokollnotiz: Die beiden bisherigen Berichte der UKo zu Fahrradunfällen wurden auf der städtischen Homepage unter https://www.braunschweig.de/leben/stadtplan_verkehr/radverkehr/uko-fahrradunfaelle.php hinterlegt.

Zur Nachfrage von Ratsherr Volkmann, ob bei der beabsichtigten Überplanung des Knotens Celler Straße/Petritorwall die Erkenntnisse aus der Vergangenheit soweit wie möglich in die Planung übertragen wird, kann Herr Gerdinand aktuell noch keine konkrete Aussage treffen.

Hinsichtlich der rückläufigen Unfallzahlen verweist Herr Gerdinand u.a. auf den aus seiner Sicht inzwischen Wirkung zeigenden Einsatz der Polizei-Fahrradstaffel.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Tokhi erläutert Herr Gerdinand, dass eine statistische Auswertung zum Nutzen der Rotmarkierungen erst mit einem zeitlichen Nachlauf erstellt

werden kann. Das durch Pedelecs gestiegenen Geschwindigkeitsniveau der Radfahrenden bestätigt Herr Gerdinand. Eine statistische Auswertung über die gefahrenen Durchschnittsgeschwindigkeiten liegt jedoch nicht vor.

Zur Frage von Bürgermitglied Tokhi, ob der Radverkehr aufgrund höherer Durchschnittsgeschwindigkeiten sinnvollerweise auf der Fahrbahn zu führen ist, verweist Stadtbaurat Leuer auf die durch Gremienbeschluss festgelegten Standards und Planungsgrundsätze für den Radverkehr, die zunächst keine Verlagerung vom Radweg auf die Fahrbahn vorsehen. Grundsätzlich bedarf es hierzu jedoch einer individuellen Betrachtung.

Bürgermitglied Dr. Schröter bezieht sich auf die von Herrn Gerdinand als eine Unfallursache angeführten sog. „Geisterradfahrenden“. Aus Sicht von Bürgermitglied Dr. Schröter ist eine fehlende Querungsmöglichkeit häufig Ursache für dieses Fehlverhalten. Er fragt, ob die Unfallkommission dies in die Betrachtung mit einbezieht und entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Herr Gerdinand bestätigt die Annahme von Bürgermitglied Dr. Schröter. Er weist in Bezug auf Radfahren im Gegenverkehr allerdings darauf hin, dass für eine Freigabe von Radwegen in Gegenrichtung häufig die erforderlichen Breiten der Radwege fehlen. Die Freigabe von zu gering dimensionierten Radwegen in Gegenrichtung führt bei Gegenverkehr in der Konsequenz zum Ausweichen auf den Gehweg und damit zu einer Beeinträchtigung des fußläufigen Verkehrs.

Ratsfrau Kluth dankt den Vertreter*innen in der Unfallkommission für ihre Arbeit, den städtischen Raum entsprechend sicherer zu machen und die Vision von der Unversehrtheit der Mitbürger*innen („Vision Zero“) umzusetzen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. 1. Kompaktbericht zum Umsetzungsstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig"

22-18813

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung. Er stellt zum Veloroutennetz und den Fahrradnetzen, die in den MEP eingebunden werden sollen, in Aussicht, bis Ende des Jahres 2022 ein erstes Arbeitspapier vorzulegen; ebenso einen Kriterienkatalog für Fahrradstraßen.

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff zur Maßnahme „Definition von einzuhaltenden Qualitätsstandards“ bezüglich einer technischen Lösung beim Neubau von Radwegen erklärt Stadtbaurat Leuer, dass zum Einbau von Trennsteinen bei Neubauten noch keine Festlegung vorliegt. Wegen der bestehenden Nachteile im Bereich der Sicherheit ist ihm insbesondere die Abstimmung mit dem Behindertenbeirat in diesem Verfahren wichtig.

Hinsichtlich der Frage zu den überdachten Abstellanlagen verweist er auf die insbesondere am Bahnhof Gliesmarode und der Umsteigeanlage Lincolnsiedlung errichteten Anlagen. In den Wohngebieten erscheint es denkbar, überdachte Fahrrad-Parkplätzen auf Pkw-Parkplätze einzurichten. Diese Thematik befindet sich noch in Bearbeitung.

Hinsichtlich der ab Juli 2023 vorgesehenen Analyse bestehender Fahrradstraßen/-zonen hinsichtlich Vorrang für Fahrradstraßen und Durchfahrtsbeschränkungen für Kfz-Verkehre bittet Ratsherr Tegethoff um prioritäre Bearbeitung, um einen weiteren Zeitverzug zu vermeiden.

Ratsherr Dr. Plinke erinnert in diesem Kontext an den beschlossenen Antrag des Stadtbezirksrats 130 Mitte zur Unterbindung des Durchgangsverkehrs Wendentorwall/Fallersleber-Tor-Wall. Er kritisiert, dass die Verwaltung von der Umsetzung von Einzelmaßnahmen mit Verweis auf die abschließende Festlegung des Standards für Fahrradstraßen absieht. Ein frühzeitigeres Handeln ist aus seiner Sicht erforderlich.

Stadtbaurat Leuer weist grundsätzlich auf die Schwierigkeit beim Personalaufbau in Zeiten des Fachkräftemangels hin. Die Verwaltung ist bemüht, die genannten Termine einzuhalten.

Zur Nachfrage von Ratsfrau Arning bezüglich einer Kennzahl zur Höhe der Ausgaben für den Radverkehr je Einwohnenden und Jahr erläutert Stadtbaurat Leuer, dass die Höhe der Ausgaben für den Radverkehr aufgrund der integrierten Verkehrsplanung und der in einem Projekt miteinander verbundenen Maßnahmen nur schwer zu ermitteln ist.

Auf Nachfrage von Bürgermitglied Tokhi zum Braunschweiger Standard auf Radwegen verweist Stadtbaurat Leuer auf den Ratsbeschluss, der für den Ein-Richtungsverkehr eine Breite von 2,30 m und 3,20 m mit Radverkehr in Gegenrichtung festlegt. Dies ist die Planungsmaxime der Verwaltung. Es schränkt jedoch ein, dass abhängig von der Situation vor Ort eine Abweichung erforderlich werden kann. Wo der Standard nicht eingehalten werden kann, wird die Verwaltung dem Gremium einen entsprechenden Hinweis geben.

Bürgermitglied Dr. Schröter kritisiert den von der Verwaltung zu den Maßnahmen Anforderungsampeln und Optimierung der Ampelschaltungen genannten Zeithorizont, der ihm zu lang erscheint.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass diese Maßnahmen im Zuge des Personalaufbaus im Bereich Lichtsignalanlagen in Angriff genommen werden.

Auf die von Bürgermitglied Dr. Schröter vorgetragene Anregung einer externen Vergabe dieser Aufgaben verweist Stadtbaurat Leuer auf die bereits in vielen Bereichen laufende Zusammenarbeit mit externen Unternehmen. Bei der Signalisierung erscheint dies jedoch kompliziert. Die Erstellung eines Signalzeitenplans ist „von außen“ zwar möglich, die Umsetzung im städtischen Verkehrsrechner hingegen nicht. Dies kann nur die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Bellis GmbH vornehmen.

Ratsfrau Kluth bittet die Verwaltung, die Öffentlichkeit regelmäßig über den Sachstand der Umsetzung zu informieren.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Neue Beteiligungsstrukturen für den Radverkehr

22-18004

Stadtbaurat Leuer erläutert die Mitteilung der Verwaltung.

Bürgermitglied Schroth begrüßt den Verwaltungsvorschlag grundsätzlich, die Kommunikationsstrukturen wie dargestellt zu differenzieren.

Auf ihre Nachfragen legt Stadtbaurat Leuer dar, dass zwei Sitzungen je Jahr des „Forums Rad- und Fußverkehr“ vorstellbar sind. Inwieweit die Sitzungen in zeitlichem Zusammenhang zur Veröffentlichung der Kompaktberichte zum Radverkehr und des [Berichts der Unfallkommission zu Fahrradunfällen](#) stattfinden werden können, wäre zu prüfen.

Beim „Austausch Radverkehr“ vollzieht Stadtbaurat Leuer den von Bürgermitglied Schroth vorgetragenen Wunsch nach festen Terminen nach. Er äußert aber auch seine Erwartung, dass bei besonderen Situationen flexible Treffen möglich sind. Die Verbände können an der Aufstellung der Tagesordnung mitwirken.

Er erklärt weiter, dass das Veloroutennetz Gegenstand des Ziele- und Maßnahmenkatalogs ist. Hinsichtlich der Weiterführung der AG Radverkehrskonzept sollte zu gegebener Zeit über den Bedarf diskutiert werden.

Protokollnotiz: Ratsherr Volkmann verlässt die Sitzung um 16:54 Uhr.

Zur Kritik von Ratsherr Wirtz, dass durch die Zusammensetzung in den neuen Strukturen und die geringe Häufigkeit der Treffen die Einfluss- und Entscheidungsmöglichkeiten des Gremiums relativ eingeschränkt werden, stellt Stadtbaurat Leuer klar, dass in den neuen Strukturen Themen vorberaten werden. Die Entscheidung trifft vor einer Umsetzung weiterhin der Fachausschuss.

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung für den unterbreiteten Vorschlag zur weiteren Zusammenarbeit mit den Verbänden. Er erklärt, dass seiner Erfahrung nach flexible Termine mit Vertreter*innen der Verbände möglich sein werden.

Die AG Radverkehrskonzept möge sich aus Sicht von Ratsherr Dr. Plinke intensiver mit dem Zielnetz für den künftigen Radverkehr befassen.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.4. Ideenportal - Einrichtung eines Fußgängerüberweges (Zebra-streifen) auf der Braunschweiger Straße 22-19004

Auf Nachfrage von Ratsherr Tegethoff erläutert Herr Benscheidt die von der Straßenverkehrsbehörde übernommene Aufgabe des Landes bzw. des Bundes (Übertragener Wirkungskreis). Unabhängig von dem konkret formulierten Vorschlag im Ideenportal ist eine grundsätzliche Überprüfung der Verkehrssituation durch die Verwaltung erfolgt. Auch eine Geschwindigkeitsüberwachung wurde vorgenommen. Im vorliegenden Fall besteht aus Sicht der Verwaltung allerdings keine Problemlage, die eine bauliche Veränderung der Verkehrssituation erforderlich macht.

Ergebnis:

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.5. Mündliche Mitteilungen

4.5.1

Stadtbaurat Leuer informiert über den am 30. Juni 2022 stattfindenden Infoabend zum Stadtbahnausbau Volkmarode-Nord in der Stadthalle und per Livestream.

Ein nächster Kompaktbericht Stadtbahnausbau ist für die Sitzung nach den Sommerferien vorgesehen. Die Verwaltung wird darin die Sachstände aller laufenden Projekte insbesondere hinsichtlich der Kosten und der Zeitplanung darstellen.

Für den Stadtbahnausbau nach Volkmarode ist es beabsichtigt, in der Oktober-Sitzung 2022 für dieses Projekt den Planungsbeschluss vorzuschlagen. Nach Erstellung der Genehmigungsplanung und die zu beantragende Planfeststellung soll dann im Jahr 2024 die Ausführungsplanung erfolgen.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Mundlos, ob zur Querumer Straße eine Eignung weiter geprüft wird, erklärt Stadtbaurat Leuer, dass eine weitergehende Führung der Trasse auch mit einer Wendeschleife in Querum möglich ist. Eine Festlegung ist damit noch nicht erfolgt. Er bittet um Verständnis, dass mit dem vorhandenen Personal die erforderlichen Prüfungen nur nacheinander erfolgen können.

Protokollnotiz: Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth unterbricht die Sitzung von 17:11 Uhr bis 17:23 Uhr für eine Sitzungspause.

5. Anträge

5.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen 22-18867

5.1.1. Zeitliche Einschränkung Mobil-Ticket aufheben, Verfahren vereinfachen

22-18867-01

Ratsherr Tegethoff erklärt weiteren Abstimmungsbedarf und bittet, den Antrag seiner Gruppe für den gesamten Gremienlauf zurückzustellen.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Ergebnis:

Ohne Aussprache zurückgestellt um eine Gremienschiene.

5.2. Braunschweig werbefrei!

22-18786

Ratsherr Knurr bringt den Antrag der Gruppe Direkte Demokraten ein.

Beschlussvorschlag:

Der bestehende Werbevertrag der Braunschweig Stadtmarketing GmbH mit der Ströer/DSM GmbH wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens aber mit Ende der momentanen Laufzeit, aufgelöst. Die frei werdenden Flächen werden Braunschweiger Natur-, Kunst- und Kulturvereinen gegen ein angemessenes Entgelt zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

Dafür: 0 Dagegen: 8 Enthaltungen: 0

5.3. Barrieremelder einrichten

22-18868

Ratsherr Tegethoff bringt den Antrag der Gruppe Die FRAKTION. BS ein.

Aus Sicht von Herrn Kamphenkel erscheint ein Barrieremelder entbehrlich. Hierzu verweist er auf die direkte Kontaktaufnahme von Bürger*innen mit dem Behindertenbeirat. Nach direktem Austausch mit den Betroffenen und einer Inaugenscheinnahme vor Ort nimmt der Behindertenbeirat Kontakt zur Tiefbauverwaltung auf.

Statt der Einrichtung eines Barrieremelders wirbt er für eine direkte Kontaktaufnahme der Bürger*innen mit dem Behindertenbeirat. Ein direkter Austausch der betroffenen Personen mit dem Behindertenbeirat in beratender Funktion erscheint ihm sinnvoller.

Ratsherr Tegethoff erklärt, dass sich der Wunsch von Herrn Kamphenkel mit der Zielrichtung des Antrags grundsätzlich deckt. Eine Aufmerksamkeit für den Behindertenbeirat im Sinne von Herrn Kamphenkel herzustellen, könnte beispielsweise durch einen Hinweis auf der Webseite der Stadtverwaltung gewährleistet werden.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Braunschweig bittet den Oberbürgermeister, einen Barrieremelder einzurichten. Die eingehenden Hinweise sollen überprüft und die Hinweisgeber:innen über das Ergebnis der Prüfung unterrichtet werden.

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

Dafür: 1 Dagegen: 7 Enthaltungen: 0

5.4. Kostenloses Schüler:innen-Ticket

22-19018

Ratsherr Tegethoff erklärt weiteren Abstimmungsbedarf und bittet, den Antrag seiner Gruppe für den gesamten Gremienlauf zurückzustellen.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Ergebnis:

Ohne Aussprache zurückgestellt um eine Gremienschiene.

6. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kostenerstattungsbeträgen (Kostenerstattungssatzung) 22-18798

Frau Winter führt in die Vorlage der Verwaltung ein.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Viergutz erklärt Frau Winter, dass die Kostenerstattungsbeträge zweckgebunden für die betreffenden Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen verwendet werden. Frau Müller ergänzt hierzu beispielhaft die Baugebiete Völkenrode-Nord und Volkmarode-Nord, bei denen Kostenerstattungsbeträge erhoben wurden. Sofern Baugebiete wie beim Baugebiet Stöckheim-Süd von einem Erschließungsträger entwickelt werden, wird in den textlichen Festsetzungen im Bebauungsplan geregelt, welcher Ausgleich herzustellen ist.

Beschluss:

„Die 1. Änderung der Kostenerstattungssatzung wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis (Empfehlung an VA und Rat):

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

7. Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Landesstraße L 635 22-18460

Beschluss:

„Der Festsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Landesstraße L 635/Eckenerstraße am Flughafen in Waggun wird zugestimmt.

Die Festsetzung soll zum 01.07.2022 erfolgen, ist zu verfügen und zeitnah öffentlich bekannt zu machen.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

8. Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden") 20-14579

8.1. Salzdahlumer Straße/Jägersruh, verbesserte Querungsmöglichkeit (Ideenplattform im Beteiligungsportal "mitreden") 20-14579-01

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage DS 20-14579-01 abstimmen.

Beschluss:

„Auf der Westseite der Salzdahlumer Straße südlich der Einmündung Jägersruh wird ein ca. 20 m langer und 3,20 m breiter Gehweg angelegt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

9. Neufestsetzung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 80 22-18275

Beschluss:

Der Verlegung der Ortsdurchfahrtsgrenze auf der Kreisstraße K 80 in Lamme wird zugestimmt.

Die Festsetzung soll zum 01.07.2022 erfolgen, ist zu verfügen und zeitnah öffentlich bekannt

zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

10. Bau der P & R-Anlage Stöckheim-Süd

20-14453

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau des ersten Bauabschnittes der P & R-Anlage Stöckheim-Süd (gemäß der Anlage) an der Leipziger Straße (K 29) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

11. Planung und Ausbau der Straße Alter Weg und der Leiferdestraße

21-16752

Ratsfrau Kluth erklärt für die Fraktion B90/GRÜNE Beratungsbedarf und bittet um Zurückstellung der Vorlage.

Stadtbaurat Leuer erklärt, dass die Verwaltung den Fraktionen für Rückfragen zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis zum Antrag auf Zurückstellen:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis:

Wegen Beratungsbedarfs wird die Vorlage DS 21-16752 zurückgestellt.

12. Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße

22-18612

12.1. Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße

22-18612-02

**21.4. Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße
Anfrage zur Vorlage 22-18612**

22-18612-01

21.4.1. Radwegverbreiterung an der Kurt-Schumacher-Straße

22-18612-03

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit der Anfrage DS 22-18612 (TOP 21.4).

Herr Benscheidt führt in die Vorlage der Verwaltung ein und beantwortet hieran anschließend die Anfrage der AfD-Fraktion (TOP 21.4, DS 22-18612-01).

Auf Nachfrage von Ratsherr Wirtz zum erhöhten Aufwand bei Reinigung und Winterdienst durch eine Verbreiterung des Radwegs verweist Herr Benscheidt auf die bestehende Flexibilität der Raumgeräte. Er geht aktuell nicht von wesentlichen Änderungen in der Kostenstruktur aus.

Zum Einsatz einer automatischen Zählanlage an der Kurt-Schumacher-Straße erklärt Herr Benscheidt, dass dies eine Entscheidung für einen dauerhaften Einsatz an diesem Standort voraussetzt, da es sich bei den beschafften Anlagen um stationäre Geräte handelt. Die in der Stellungnahme genannte Messung war eine mobile Messung. Hierfür stehen der Verwaltung jedoch keine eigenen Geräte für einen dauerhaften Einsatz zur Verfügung.

Zu den Nachfragen von Ratsfrau Kluth erklärt Herr Benscheidt, dass ein Sicherheitsraum zu den geparkten Autos (sog. Dooring-Zone) von der Verwaltung eingeplant ist. Eine Änderung im Höhenversatz ist hingegen nicht vorgesehen und aus seiner Sicht auch nicht erforderlich. Auch die Ableitungsrichtung des Oberflächenwassers vom Radweg wird nicht verändert und wird weiterhin in Richtung Fahrbahn geführt. Insofern kann nicht ausgeschlossen werden, dass Wasser in die Grünflächen läuft. Andernfalls wäre hier eine über diese vorgesehene

Unterhaltungsmaßnahme hinausgehende Straßenumplanung erforderlich, da Höhenlagen grundlegend verändert werden müssten. Hinsichtlich einer angeregten Markierung auf dem Radweg im Haltestellenbereich zur Reduzierung möglicher Konflikte mit querenden Zufußgehenden sagt Herr Benscheidt eine Prüfung zu.

Ratsherr Dr. Plinke dankt der Verwaltung, die Anregung des Stadtbezirksrates 130 Mitte zur Berücksichtigung zusätzlicher Bäume aufgegriffen zu haben. Er bittet die Verwaltung darüber hinaus, den Abschnitt vom John-F.-Kennedy-Platz bis Einmündung Kuhstraße vorrangig in die Planung von Zweirichtungsradwegen aufzunehmen.

Zum Hinweis von Herrn Kamphenkel sagt Herr Benscheidt zu, die Möglichkeit zum Einbau taktiler Elemente im Einmündungsbereich Adolfstraße zu prüfen.

Ratsherr Tegethoff begrüßt die von der Verwaltung vorgestellte Maßnahme. Er bittet die aus seiner Sicht nicht unerheblichen Grad der Verschwenkungen des Radwegs am westlichen und östlichen Ende des Ausbaubereichs zu verringern.

Zur Anregung von Ratsfrau Kluth, weitere Bäume zu berücksichtigen, verweist Herr Benscheidt auf den aus Sicht der Verwaltung hier vorhandenen Bedarf für Parkflächen. Aus seiner Sicht besteht hier ein ausgewogenes Ergebnis.

Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth lässt über die Vorlage in der Fassung der Ergänzungsvorlage DS 22-18612-02 abstimmen.

Beschluss:

„Der Planung des Radweges der Kurt-Schumacher-Straße im Abschnitt zwischen Ottmerstraße und John-F.-Kennedy-Platz gemäß Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

Ergebnis:

Die Stellungnahme DS 22-18612-03 wird zur Kenntnis genommen.

13. Festlegung der Varianten für die Variantenuntersuchung für eine Geh- und Radwegüber- oder -unterführung als Ersatz für den BÜ Grünewaldstraße 22-18909

Ratsfrau Arning begrüßt die Erweiterung der Variantenuntersuchung. Sie weist in ihrem Redebeitrag auf die aus ihrer Sicht große Bedeutung zum Erhalt der alten Baumreihe an der Grünewaldstraße hin. Unter Verweis auf die Klimakrise fordert sie, keine Bäume ohne hinreichenden Grund zu fällen.

Stadtbaurat Leuer unterstreicht, dass die Verwaltung in der Vorlage bewusst ein Augenmerk auf die Null-Variante gelegt hat. Wenn eine gute Optimierungsmöglichkeit besteht, die eine hinnehmbare Einschränkung des Fuß- und Radverkehrs darstellt, wäre die Null-Variante eine Option.

Ratsherr Dr. Plinke appelliert, die Variantenuntersuchung zeitnah vorzunehmen, um durch einen Zeitverzug keine Nachteile zu erhalten.

Beschluss:

1. In der Variantenuntersuchung für eine Geh- und Radwegüber- oder -unterführung als Ersatz für den BÜ Grünewaldstraße werden die fünf in Abb. 1 dargestellten Varianten untersucht.
2. Parallel wird geprüft, ob die Nullvariante so optimiert werden kann, dass die Schrankenschließzeiten auf ein akzeptables Maß reduziert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

14. Gesamtstädtische Stellungnahme zur geplanten Änderung der Bahnsicherungsanlage an den Bahnübergängen I, II und III im Ortsteil Bienrode **22-18892**

Stadtbaurat Leuer informiert, dass der Stadtbezirksrat 112 einstimmige Beschlüsse zu den Ziffern 1 und 2 der Vorlage gefasst, zu Ziffer 3 jedoch Beratungsbedarf angemeldet hat.

Wie sich zwischenzeitlich herausgestellt hat, sind die Unterlagen der Bahn nur unvollständig. Insofern ist vom Ausschuss in der heutigen Sitzung nur über die Ziffern 1 und 2 der Vorlage abzustimmen. Ziffer 3 wird zurückgezogen und zur Sitzung am 13. September 2022 erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Änderung der Bahnsicherungsanlage BÜ I - Altmarkstraße im Ortsteil Bienrode gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigefügte Stellungnahme (Anlage 1) abzugeben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Änderung der Bahnsicherungsanlage BÜ II - Waggumer Straße im Ortsteil Bienrode gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigefügte Stellungnahme (Anlage 2) abzugeben.
3. ~~Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Änderung der Bahnsicherungsanlage BÜ III - Auf dem Anger im Ortsteil Bienrode gemäß § 18 AEG die als Entwurf beigefügte Stellungnahme (Anlage 3) abzugeben.~~

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

15. Rückbau Brücke Spargelstraße **22-18861**

Beschluss:

Die Brücke Spargelstraße wird, vorbehaltlich des Beschlusses über die Inszenierung eines Fragmentes des Brückenoberbaus in den Nordpark (Entscheidung im Umwelt- und Grünflächenausschuss, DS-Nr. 22-18927), abgerissen.

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

16. Ideenportal - Vorrangregelung am Ringgleis **21-17457**

Ratsfrau Kluth erklärt zu dieser Beschlussvorlage für die Fraktion B90/GRÜNE Beratungsbedarf und bittet um ein Zurückstellen der Vorlage.

Abstimmungsergebnis zum Zurückstellen:

Dafür: 5 Dagegen: 0 Enthaltungen: 3

Ergebnis:

Die Beschlussvorlage DS 21-17457 wird zurückgestellt.

17. Ideenplattform "Übergang Neubaugebiet HDL" **22-18400**

Beschluss:

„Dem Anliegen aus der Ideenplattform wird nicht gefolgt, da der Umbau der Braunschweiger Straße durch den Investor vorgesehen ist.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

18. Ideenportal - Fußgängerüberweg an der Querumer Straße - Änderungsantrag zu DS 20-13970 20-14320-01

Beschluss:

„Der Planung und dem Bau der signalisierten Fußgängerquerung der Querumer Straße entsprechend der Anlage wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

19. Projekt "Mobiles Grün" im Förderprogramm "Perspektive Innenstadt!" 22-19021

Stadtrat Herlitschke führt in die Vorlage ein.

Auf Nachfrage von Ratsherr Dr. Plinke bestätigt Stadtrat Herlitschke, dass die Vegetationselemente aufgrund ihrer Tonnage nicht verschoben werden können. Es sei allerdings möglich, diese Elemente aufgrund anderweitiger Planungen an ihren Standorten ggf. umzusetzen.

Beschluss:

„Der Umsetzung des dargestellten Projekts „Mobiles Grün“ wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

Dafür: 8 Dagegen: 0 Enthaltungen: 0

21. Anfragen

21.1. Mobilität zwischen den Hochschulstandorten 22-19020

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich die CDU-Fraktion mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19020-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

21.2. Wie ist die Auftragsvergabe für die Nachbesserung von Straßenmarkierungen ausgestaltet? 22-19030

21.2.1. Wie ist die Auftragsvergabe für die Nachbesserung von Straßenmarkierungen ausgestaltet? 22-19030-01

Ratsherr Wirtz bringt die Anfrage der AfD-Fraktion ein.
Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der AfD-Fraktion.

Ergebnis:

Die Stellungnahme DS 22-19030-01 wird zur Kenntnis genommen.

21.3. Liefer- und Werkverkehre im Bereich Innenstadt und Fußgängerzone 22-19028

21.3.1. Liefer- und Werkverkehre im Bereich Innenstadt und Fußgängerzone 22-19028-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich Bürgermitglied Tokhi mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19028-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

21.5. Parkzonen für E-Scooter

22-19027

21.5.1. Parkzonen für E-Scooter

22-19027-01

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth erklärt sich Bürgermitglied Tokhi mit der schriftlichen Beantwortung der Anfrage im Nachgang der Sitzung einverstanden.

Protokollnotiz: Ratsfrau Mundlos verlässt um 18:23 Uhr die Sitzung.

Ergebnis:

Die Stellungnahme 22-19027-01 wird im Nachgang der Sitzung zur Kenntnis gegeben.

Die Ausschussvorsitzende Ratsfrau Kluth schließt die Sitzung um 18:39 Uhr.

gez. Kluth	gez. Leuer	gez. Ender
Kluth	Leuer	Ender
- Vorsitz -	- Stadtbaurat -	- Schriftführung